

Geburtstags-Interview  
S. D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein  
mit Chefredaktor Günther Fritz, Liechtensteiner Vaterland

14. Februar 2008

---

*Durchlaucht, vor dreieinhalb Jahren haben Sie die Staatsführung an Ihren Stellvertreter, Erbprinz Alois, übertragen. Ist es Ihnen ohne Tagespolitik nicht ein bisschen langweilig?*

**Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein:** Nein. Ich habe ja noch zwei andere Jobs wahrzunehmen, die mir als zukünftigem Fürst in die Wiege gelegt worden sind. Zum einen verwalte ich das fürstliche Vermögen. Zum anderen habe ich auch die Aufgabe, als Familienoberhaupt für eine Grossfamilie zu sorgen, die heute über 100 Mitglieder zählt.

*In welchem Umfang nehmen Sie über das beratende Gespräch mit Ihrem Sohn Anteil am politischen Geschehen?*

Der Erbprinz hält es so ähnlich, wie ich es mit ihm und wie es mein Vater mit mir und ich mit meinem Vater gehalten habe. Wir besprechen alle wichtigen Projekte. Der Erbprinz gibt mir Gesetzesentwürfe zum Durchlesen und ich sage ihm dann, was ich davon halte. Aber letzten Endes muss er entscheiden, weil er ja die Funktion des Staatsoberhauptes wahrnimmt und nach aussen hin auch die Verantwortung trägt.

*Wie hat sich Ihr Sohn als Stellvertreter des Staatsoberhauptes bisher gemacht?*

Er hat meine Erwartungen voll erfüllt. Ich hatte auch nie einen Zweifel daran, dass er dies grossartig machen wird. Als Vater ist man in der Regel natürlich sehr glücklich, wenn der Sohn es genauso gut, wenn nicht sogar besser macht als der Vater. Besonders in einer Monarchie ist das sehr wichtig.

*Durchlaucht, früher hatten Sie gesagt, dass Sie während der einen Hälfte des Tages das Geld verdienen, um es sich während der anderen Hälfte leisten zu können, das Land zu regieren. Nachdem Sie sich heute mehr Zeit für die Geschäfte nehmen können, drängt sich die Frage auf: Verdienen Sie heute noch mehr als früher?*

Ja, Gott sei Dank! Die Geschäfte laufen sehr gut. Ich freue mich darüber, dass ich es mir auch leisten kann, die Sammlungen wieder auszubauen, ein Anliegen,

das meinem Vater schon sehr am Herzen lag und auch in der Familientradition liegt.

***Reisen Sie im Rahmen Ihrer Geschäfte relativ viel in der Welt herum?***

Ja. Wir sind in Europa, in Nord- und Südamerika, aber auch in Asien tätig. Die entsprechenden Geschäftstätigkeiten sind natürlich mit längeren Reisen verbunden.

***Wie laufen zum Beispiel die Geschäfte Ihres Unternehmens Ricetec? Konnten die Probleme mit den Patenten inzwischen alle behoben werden?***

Die Geschäfte mit RiceTec laufen sehr gut. Indien hat ein hohes Interesse daran, dass wir dort tätig sind. Die Frage der Patente war von grünen Organisationen, die nie etwas vom Reissaatgutgeschäft verstanden haben, völlig unsinnig hochgespielt worden. Die indischen Behörden haben mir gegenüber erklärt, dass diese NGOs, die dagegen Sturm liefen, nicht sehr ernst zu nehmen sind und am Rande der Seriosität agieren.

***Wie gut schlafen Sie in Phasen von Turbulenzen an der Börse, wenn Sie an Ihr Finanzunternehmen LGT denken?***

Glücklicherweise sind wir von den jüngsten Turbulenzen bis jetzt weitgehend verschont geblieben. Ich bin optimistisch, was den Geschäftsverlauf im Jahr 2008 betrifft. Im hohen Alter genießt man den Luxus der Gelassenheit, denn man hat bereits so viele Turbulenzen an den Börsen und im Finanzdienstleistungsbereich mitgemacht, dass einem so kleinere und mittelgroße Stürme nicht mehr aufregen.

***Ihr Vermögen wird auf 7 bis 8 Milliarden Franken geschätzt. Was ist das für ein Gefühl?***

Ein sehr gutes Gefühl. Noch in den 60er- und 70er-Jahren wurden wir als ein Unternehmen gehandelt, das vor dem Zusammenbruch steht. Wir befinden uns heute also in einer sehr glücklichen Situation und ich hoffe, dass es mir im nächsten Jahr gelingen wird, dieses Vermögen in den verschiedenen Sparten noch breiter und besser abzustützen. Mein Bestreben ist es, für das fürstliche Vermögen noch weitere Pfeiler aufzubauen, damit es wiederum über Generationen gesichert ist und damit wir daraus die Kosten der Monarchie finanzieren können.

***Laut Presseberichten erhält die Stiftung Fürst von Liechtenstein die höchsten EU-Agrar-Förderungen in Österreich. So soll die Stiftung mit dem Guts- und Forstbetrieb Wilfersdorf im Jahr 2006 ein Fördervolumen von rund 1,7 Mio.***

***Euro verzeichnet haben. Im vergangenen November kündigte die EU-Kommission an, den Geldsegen für den Adel deutlich zu kürzen. Was sagen Sie dazu?***

Das sind typisch populistische Aussagen von Politikern, die sich von den Tatsachen nur wenig belastet fühlen. Meines Wissens ist diese Zahl zu hoch gegriffen. Man muss auch festhalten, dass diesen Zahlungen, die wir von der öffentlichen Hand – seien es EU nationale oder regionale Förderungen – bekommen, ja auch Leistungen gegenüberstehen. Rund 20 Prozent unserer landwirtschaftlichen Fläche bewirtschaften wir nicht, sondern stellen diese als Naturreservate für Insekten, Vögel und seltene Pflanzen zur Verfügung. Wir werden also dafür entschädigt, dass die wirtschaftliche Betätigung ruht. Wenn man dies nicht mehr so haben will, haben wir damit kein Problem. Dann werden wir diese Flächen eben wieder bewirtschaften. Wir haben festgestellt, dass die Entschädigungszahlungen bei uns gerade die Kosten oder den entgangenen Gewinn decken. Wenn weiter gekürzt wird, ist für uns die Entscheidung klar, dann gehen wir zurück in die Bewirtschaftung.

***Ein höchst imageträchtiges Unternehmen ist ja das Liechtenstein Museum in Wien. Worin liegen die Gründe, dass sich der Museumsbetrieb nicht durch die Eintrittsgelder und die Vermietung von Räumen tragen lässt?***

Es gibt hauptsächlich zwei Gründe. Zum einen ist der Standort nicht unbedingt ideal. Das Museum liegt ausserhalb der inneren Stadt und ist deshalb nicht so leicht zugänglich. Das Standortproblem spielt heute eine viel grössere Rolle als früher, als die Konkurrenz auf diesem Gebiet noch geringer war. Vor dem Jahr 1938 gab es nicht so viele Museen in Wien, wie das heute der Fall ist. Heute möchten die Touristen angesichts des dichten Angebots in der inneren Stadt nicht mehr so weit hinausfahren.

Der zweite Grund ist der, dass wir die Zeitspanne, bis so ein Museum vom Publikum und insbesondere von den Reisebüros angenommen wird, zweifellos unterschätzt haben. Das war vor 1938 insofern kein Problem, da wir zu Beginn des 19. Jahrhunderts das erste öffentlich zugängliche Museum in Wien waren und uns dadurch ein «Brand» aufgebaut haben. Das ist heute viel schwieriger, nachdem wir mehr als zwei Generationen lang aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit gefallen waren. Bis man diese Marke wieder aufbauen kann, braucht es eine lange Zeit.

***Derzeit hat das Museum an vier Tagen geöffnet. Diese Öffnungszeiten wären noch weiter reduziert worden, wenn nicht dank der «Elite Group of fine Art dealers» eine neue Lösung hätte gefunden werden können. Wie kam es dazu, dass das Museum ab 2. März sogar an fünf Tagen geöffnet werden kann?***

Als wir unseren Plan veröffentlicht hatten, das Museum aufgrund der hohen Kosten und des geringen Publikumsinteresses nur noch an einem Tag zu öffnen, wurden wir von der Branche der Kunsthändler angesprochen. Die Kunsthändler haben ein gewisses Interesse daran, dass das Museum geöffnet bleibt. Dies vermutlich aus zwei Gründen. Erstens sind wir im Bereich der klassischen Kunst in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten einer der grössten Investoren gewesen. Zweitens ist Wien auch ein attraktiver Platz für den Kunsthandel in Richtung Osteuropa geworden. Deshalb ist der Kunsthandel an uns herangetreten und hat eine Lösung angeboten, die es uns ermöglicht, das Museum an fünf Tagen pro Woche zu öffnen. Im Gegenzug ist zum Beispiel daran gedacht, dass die Gruppe der Kunsthändler zweimal im Jahr für eine Woche die Möglichkeit bekommt, Kunstwerke von höchster Qualität auszustellen, die in jenen Bereich fallen, in welchem eben auch wir sammeln.

***Wie Sie gerade ansprachen, zählen Sie in jüngster Zeit zu den aktivsten Käufern von klassischer Kunst auf dem internationalen Kunstmarkt. Nach welchen Kriterien erweitern Sie die fürstlichen Sammlungen?***

Für mich gibt es im Grunde genommen drei Kriterien. Das erste Kriterium besteht darin, dass wir versuchen, Kunstwerke zurückzukaufen, die schon einmal zu den fürstlichen Sammlungen gehört haben, dort hineinpassen und auch unserem Geschmack entsprechen. Das zweite Kriterium besagt, dass wir uns durchaus bewusst sind, dass bestimmte Kunstwerke, die früher einmal Teil der fürstlichen Sammlungen waren, nicht mehr zurückgekauft werden können, weil sie in Museen stehen und nicht mehr auf den Markt kommen. In solchen Fällen kaufen wir ähnliche Kunstwerke, die von der gleichen Qualität sind wie jene, die wir nicht mehr zurückkaufen können. Das dritte Kriterium betrifft Bereiche, in denen meine Vorfahren früher auch gesammelt haben, aber die vielleicht noch ein bisschen schwach sind. Wenn das Preis-/Leistungsverhältnis einigermaßen stimmt, entscheide ich mich für einen Kauf, indem ich mir sage: Das lohnt sich, da haben wir das notwendige Know-how und das ist auch eine gute Geldanlage.

***Sie haben sich dazu entschlossen, das Stadtpalais Liechtenstein in der Bankgasse in Wien komplett zu renovieren. Was bedeutet dies für einen finanziellen Aufwand?***

Es ist ein sehr kostspieliges Projekt, wesentlich kostspieliger als die Renovation des Liechtenstein Museums. Das Stadtpalais ist viel grösser als das Gartenpalais und die Anforderungen sind zum Teil höher, als wir sie im Museum hatten. Dies nicht zuletzt deswegen, weil ein gutes Drittel davon von der LGT genutzt werden soll. Ausserdem werden wir die Fläche erweitern, indem wir im Hof drei Stockwerke in die Tiefe gehen und dort unterirdische Depoträume für die

Sammlungen schaffen. Insgesamt sprechen wir hier von einem Investitionsvolumen von ungefähr 80 Mio. Euro.

***Wie soll das renovierte Palais neben dem LGT-Teil sonst noch genutzt werden?***

Wie gesagt, wird ein gutes Drittel von der LGT genutzt werden. Ein weiteres Drittel werden wir privat nutzen. Das übrige Drittel soll für museale Zwecke verwendet werden. In diesen Räumen würde ich gerne das 19. Jahrhundert, mittelalterliche Kunst oder Werke aus der Renaissance ausstellen, was im jetzigen Museum weniger zum Zuge gekommen ist. Mir schwebt vor, dass wir dort auch Waffen ausstellen und verschiedene andere Bereiche der Sammlungen, die wir im anderen Museum weniger zeigen können. Das Ganze würden wir natürlich auch für Events benutzen, und zwar sowohl den musealen Bereich als auch jenen Teil des privaten Bereiches, wo wir schöne Repräsentationsräume haben, die wir bis jetzt für familiäre Anlässe genutzt haben.

***Seit 1. Januar 2008 ist die Burg Liechtenstein nun wieder im alleinigen Zuständigkeitsbereich der Stiftung Fürst Liechtenstein, nachdem per Ende 2007 der Pachtvertrag vonseiten der Marktgemeinde Maria Enzersdorf gekündigt worden ist. Die Stiftung wollte nämlich einer langfristigen Mietvertragsverlängerung nur dann zustimmen, wenn sich die Marktgemeinde dazu verpflichtet, die Burg zu sanieren. Maria Enzersdorf sieht sich aber nicht in der Lage, die geschätzten Sanierungskosten von rund 2,8 Mio. Euro zu übernehmen. Inwieweit bedauern Sie diesen Entscheid der Gemeinde?***

Die Marktgemeinde wäre auch unter dem alten Vertrag verpflichtet gewesen, die Instandhaltung der Burg zu bezahlen. Offensichtlich war sie dazu aber finanziell nicht in der Lage. Jetzt diskutieren wir wieder mit der Marktgemeinde, aber auch mit anderen Interessenten. Wir werden jetzt auf jeden Fall den Grossteil der Renovationskosten übernehmen. In welchem Ausmass wir die Burg renovieren, hängt im Wesentlichen davon ab, was für eine Nutzung in Frage kommt. Es ist sinnlos, irgendetwas zu renovieren, das mit dem Verwendungszweck des Pächters nicht übereinstimmt.

***Kommt also die Marktgemeinde Maria Enzersdorf doch wieder als Pächterin in Frage?***

Ja, offensichtlich hat die Gemeinde doch wieder ihr Interesse kundgetan. Aber wie gesagt, gibt es auch noch andere Interessenten. Wir sind der Meinung, dass es nicht zu unseren Kernkompetenzen gehört, eine Burg zu betreiben. Wenn es einen Interessenten dafür gibt, freuen wir uns. Ansonsten würden wir einfach die

Burg sanieren, weil es unsere Stammburg ist. In diesem Fall würden wir sie aber nicht mehr dem Publikum zugänglich machen, weil das mit zu hohen Kosten verbunden ist. Wir würden die Burg einfach geschlossen halten und mit minimalem Aufwand für die Instandhaltung sorgen.

***Die Burg Liechtenstein gilt ja als weltberühmte Kulisse für die Festspiele «Nestroy auf Liechtenstein»? Inwieweit hängt die Zukunft dieser Festspiele vom Schicksal der Burg Liechtenstein ab?***

Die Burg stellt ja nur die Kulisse dar und die Zukunft der Festspiele hängt nicht davon ab, wer sie betreiben wird.

***Die umfangreichen Renovationsarbeiten auf Schloss Vaduz gehen langsam in die Abschlussphase. Können Sie kurz schildern, was noch gemacht wird, wann die Arbeiten fertig sein werden und was das Ganze kosten wird?***

Wenn das Wetter passt, werden wir in der zweiten Februarhälfte wiederum ein Gerüst im Hof aufstellen. Dann werden wir mit der zweiten Etappe der Restaurierungsarbeiten beginnen. Ich gehe davon aus, dass wir die Arbeiten bis zum Spätherbst abschliessen können. Allerdings sind bei Restaurierungsarbeiten das Zeit- und das Kostenelement schwierig abzuschätzen. Ich hoffe, dass sich das Ganze in einem vernünftigen Kostenrahmen abwickeln lässt.

***Durchlaucht, die Renovation des Wohnsitzes der fürstlichen Familie in Vaduz haben Sie erst nach der Annahme der von Ihnen und Erbprinz Alois eingebrachten Verfassungsvorschläge durch das Volk in Angriff genommen. Die neue Verfassung wird am 16. März fünf Jahre alt. Wie funktioniert sie aus Ihrer Sicht?***

Sie funktioniert bestens, besser als ich es mir erwartet habe. Wir haben für alte Verfassungsprobleme neue Lösungen gefunden. Diese sind nicht nur für den Verfassungswissenschaftler von Interesse, sondern werden vielleicht da und dort Eingang finden, wenn in anderen Staaten über eine neue Verfassung nachgedacht wird.

***Kritische Stimmen vonseiten der Freien Liste oder der Demokratiebewegung, welche den Ausbau der Machtbefugnisse des Monarchen in der neuen Verfassung anmahnen, lassen Sie selten einfach stehen.***

Weil diese Behauptungen ganz einfach falsch sind. Sie vergleichen nicht die neue Verfassung mit der Verfassung von 1921. Freie Liste und Demokratiebewegung haben ausserdem bereits die Verfassung von 1921 abgelehnt. Selbst der Gegenvorschlag war in deren Augen ein ungeliebter

Kompromiss. Da stellt sich schon die Frage, ob die Freie Liste und die Demokratiebewegung überhaupt noch ein Fürstentum Liechtenstein wollen.

***Könnten Sie sich die Freie Liste eines Tages als Partner einer Koalition vorstellen?***

Grundsätzlich ja. Man muss einfach sehen, dass die Freie Liste – einmal abgesehen von ihrer monarchiekritischen Einstellung – immer wieder mit ganz interessanten neuen Ideen aufwartet, die zumindest diskussionsfähig sind und wie zum Beispiel im Bereich der Umwelt von einem Teil der Bevölkerung geteilt werden. Was die Stellung der Monarchie in der Verfassung betrifft, da hat das liechtensteinische Volk eine so eindeutige Antwort auf die Vorstellungen der Freien Liste gegeben, dass dieses Thema im Grunde genommen auch für sie erledigt sein müsste, wenn sie sich an den Prinzipien der Demokratie orientieren würde.

***Durchlaucht, die grosse Koalition geht ins vierte und letzte Jahr dieser Legislaturperiode. Wie sieht Ihre Bilanz über die drei Jahre Arbeit der Koalitionsregierung aus?***

Ich sehe diese Arbeit sehr positiv, obwohl ich der Idee einer grossen Koalition mit einer tiefen Skepsis gegenübergestanden bin. Ich gebe aber gerne zu, dass besonders unter den liechtensteinischen Verhältnissen eine grosse Koalition doch sehr viel positive Arbeit leisten kann. Falls die grosse Koalition zu übermütig wird, haben wir ja mit der direkten Demokratie eine wirkungsvolle Korrekturmöglichkeit. Ich bin also dabei, meine vorgefasste Meinung zu einer grossen Koalition zumindest in den Staaten der direkten Demokratie, wie in der Schweiz und in Liechtenstein, zu revidieren.

***Wie bewerten Sie das Zusammenspiel von VU und FBP in der Koalition?***

Für mich ist es selbstverständlich, dass sich jeder Partner in so einer grossen Koalition im Hinblick auf die nächsten Wahlen profilieren möchte und auch muss. Ich sehe die zum Teil heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionspartnern nicht als negativ an. Diese offene Diskussion in der grossen Koalition halte ich aus demokratiepolitischer Sicht für ein positives Element. Ich glaube, wir müssen einfach gewisse Fragen offen diskutieren. Wir haben ja in Liechtenstein eine relativ robuste Diskussionskultur. Das haben wir in der Vergangenheit in der Verfassungsdiskussion erlebt.

***Es werden da und dort Stimmen laut, die vor einer staatlichen Überreglementierung warnen. Darf der Gesetzgeber nach Ihrer Einschätzung die Gewerbefreiheit und die individuellen Rechte der Bürger so weit***

***beschneiden, dass er ein generelles Rauchverbot in der Gastronomie beschliesst?***

Grundsätzlich lehne ich eine Überreglementierung ab. Ich bin von meiner Einstellung her ein sehr liberaler und freiheitsliebender Geist. In der Frage des Rauchverbotes bin ich aber in einem Gewissenskonflikt. Auf der einen Seite sagt mir mein liberaler Geist, dass diese Reglementierung zu weit geht. Auf der anderen Seite möchte ich die Gesundheit von Menschen schützen, die Nichtraucher sind und aufgrund ihres Berufes in solchen Raucherlokalen tätig sein müssen. Wie das in der Realpolitik immer der Fall ist, muss man eine Güterabwägung vollziehen und gemeinsam einen Kompromiss erarbeiten. Ich habe im Fall des Rauchverbots für beide Seiten Verständnis.

***In der Schweiz wird derzeit über die Legalisierung des Kiffens diskutiert. Wenn schon der Konsum von Alkohol und Tabak erlaubt ist, so müsse auch Cannabis erlaubt sein. Wie beurteilen Sie diese Frage aus liechtensteinischer Sicht?***

Ich bin der Meinung, dass wir den Drogenkonsum grundsätzlich freigegeben sollten. Allerdings dürfen Drogen dann nur in Lokalen konsumiert werden, die unter staatlicher Aufsicht stehen, um sicherzustellen, dass der Konsument saubere Ware unter medizinisch einwandfreien Bedingungen zu sich nimmt. Ich spreche mich diesbezüglich also für einen gewissen Konsumentenschutz aus.

Eine weitere Voraussetzung für die Drogenfreigabe ist der entsprechende Jugendschutz. Drogen dürfen Jugendlichen nicht zugänglich gemacht werden. Weiter ist es wichtig, dass in solchen Lokalen über die Gefahren des Drogenkonsums aufgeklärt wird. Natürlich sind Alkohol und Tabak – je nachdem, in welchem Ausmass diese Drogen genossen werden – auch mit gesundheitlichen Risiken verbunden. Andere Drogen sind aber mit grösseren Risiken verknüpft. Selbst bei Cannabis wird das Risiko des Rauchens noch zusätzlich mit dem Risiko einer Bewusstseinsveränderung gekoppelt. Deshalb plädiere ich trotz meiner liberalen Einstellung dafür, dass der Staat bei der Freigabe des Drogenkonsums gegenüber den Konsumenten, insbesondere den Jugendlichen, eine Schutzfunktion wahrnimmt.

Drogenmissbrauch führt überdies zu erheblichen Zusatzkosten für den Steuerzahler. Weil der Staat für diese Folgekosten aufkommen muss, sehe ich es als Aufgabe des Staates an, hier entgegenzuwirken. Somit sehe ich eine vollkommene Liberalisierung als sehr problematisch an.

Wenn man die Drogen unter staatlicher Aufsicht zu niedrigen Preisen abgibt, hat dies einen entscheidenden positiven Effekt: Wir können damit die Drogenmafia schwächen und die ganze Kriminalität rund um den Drogenhandel reduzieren.

Wir müssen den Konsumenten einfach die Möglichkeit geben, in staatlich beaufsichtigten Zentren billiger an Drogen heranzukommen, als sie die Drogenmafia auf dem freien Markt abgibt. Darin sehe ich einen weiteren Faktor, der dafür spricht, von der heutigen Politik des absoluten Verbotes abzurücken und den Weg der kontrollierten Abgabe einzuschlagen.

***In den nächsten Monaten werden die drei Parteien ihre Auseinandersetzungen um das beste Modell der Familienförderung weiterführen. Was halten Sie von der vonseiten der FBP geplanten Ausschüttung eines Familiengeldes bis zum dritten Lebensjahr?***

Grundsätzlich bin ich nicht sehr begeistert von Systemen, bei denen man nach dem Giesskannenprinzip funktionieren. Ich glaube, dass man vielmehr jene Familien, die das Geld auch wirklich brauchen, in einer gezielten Art und Weise unterstützen soll. Natürlich bin ich mir bewusst, dass dies eines gewissen administrativen Aufwandes bedarf. Auch ist damit ein Eingriff in die Privatsphäre verbunden, denn die Familien müssen offenlegen, inwieweit sie diese Gelder wirklich brauchen.

Aber letzten Endes geht es ja um das Geld des Steuerzahlers, das da verteilt werden soll. Ich meine, dass der Steuerzahler einen Anspruch darauf hat, dass mit diesen Geldern möglichst sorgfältig umgegangen wird. Und zu den Steuerzahlern gehören eben auch viele Leute, die keine Kinder haben. Deshalb sollte man ein solches Familiengeld sehr gezielt verteilen. Mir ist es lieber, wenn wir am Ende denjenigen, die es wirklich brauchen, sogar noch mehr zahlen, als wenn wir das Geld einfach nach dem Giesskannenprinzip verteilen.

Wenn jemand diese Gelder in Empfang nimmt, sollte er dann aber auch zu gewissen Leistungen gegenüber seinen Kindern verpflichtet werden. Es kann ja nicht sein, dass jemand grosse Subventionen einstreicht und seine Kinder im Grunde genommen vernachlässigt. Da soll dann doch eine staatliche Kontrolle ausgeübt werden. Wir haben ja ein immenses Interesse daran, dass nicht einfach Kinder wegen des Familiengeldes in die Welt gesetzt werden und später für die Gesellschaft eine Last bedeuten oder so schlecht erzogen werden, dass sie dann in ein verbrecherisches Milieu hineinrutschen. Wir müssen schon schauen, dass diese Gelder sinnvoll eingesetzt werden.

***Mit welchen Instrumenten könnte nach Ihrer Einschätzung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf massgeblich verbessert werden?***

Dieses Problem ist nicht einfach zu lösen. Ideal wäre es, wenn sich in erster Linie die Mutter um die Kinder kümmert, vor allem in den ersten Lebensjahren. Es gibt eine Reihe von Studien, die zeigen, dass es für viele Kinder eine Belastung bedeutet, wenn sie sehr früh aus dem Haus gegeben werden. Da gab es schon in den 50er-Jahren israelische Studien über Kinder, die in Kibuzzen

aufgezogen worden sind, damit die Frauen kurz nach der Geburt wieder berufstätig sein konnten. Die starken Kinder haben sich durchgesetzt und waren überdurchschnittlich erfolgreich, aber es gab auch einen überdurchschnittlichen Anteil von Kindern, die dann im Leben versagt haben. Der Konkurrenzkampf hat also sehr früh eingesetzt und das ist sicher ein Nachteil. In einer Gesellschaft, die darauf Wert legt, dass möglichst jeder eine Chance bekommt, spricht manches dafür, dass sich die Mutter – oder wenn sie nicht kann, der Vater – möglichst lange um die Kinder kümmern kann. Dies war früher in der Agrargesellschaft einfacher zu bewerkstelligen als später in der Industriegesellschaft. In der heutigen globalisierten Weltwirtschaft mit einem hohen Anteil im Dienstleistungssektor zeichnet wieder eine Wende ab. Wer heute sehr viel mit den USA zu tun hat, wird auf Grund der Zeitverschiebung unter Umständen erst zu Mittag oder am frühen Nachmittag ins Büro gehen, dafür dann aber lange dort bleiben. Wer mit Asien zu tun hat, wird sehr früh ins Büro kommen und sehr früh nach Hause gehen. Diese Veränderung in der Arbeitswelt kommt dem Anliegen, dass sich Vater und Mutter vermehrt um die Kinder kümmern können, sicherlich entgegen.

Trotzdem glaube ich, dass der Staat die Infrastruktur dazu schaffen sollte, dass die Kinder sehr früh eingeschult werden können. Wenn Kinder sehr früh in den Kindergarten kommen, bedeutet dies eine Bereicherung für die Erziehung und Entwicklung des Kindes. Aber genauso wichtig ist auch ein Zuhause, wo sich die Kinder geborgen fühlen und im Idealfall Vater und Mutter erleben können.

***Die gesellschaftliche Entwicklung wird durch den Megatrend «silberne Revolution» geprägt werden. Das bedeutet, dass die Menschen beim Altern immer jünger werden. Wie kann die Altersvorsorge vor diesem Hintergrund langfristig gesichert werden?***

.Ich bin für ein flexibles Rentenalter und für eine individuelle Altersvorsorge.. Das gibt dem Einzelnen eine gewisse Freiheit zu entscheiden, wann er in Pension geht. Die Menschen werden sich aber mit der Tatsache abfinden müssen, dass sie bei höherer Lebenserwartung länger arbeiten müssen.

***Die Trennung von Staat und Kirche ist ein altes Anliegen von Ihnen. Jetzt scheint die Zeit reif dafür zu sein. Eine besonders emotionsgeladene Frage wird die Neuregelung der Eigentumsverhältnisse auf Gemeindeebene sein. Was halten Sie von der Idee der Vorsteher, die kirchlichen Gebäude gegen Tausch oder mittels langfristiger Baurechte an eine Trägerschaft der römisch-katholischen Kirche zu übergeben, wenn im Gegenzug die Kirche die gesamten Bau- und Unterhaltskosten übernimmt?***

Ich glaube, dass eine Trennung von Kirche und Staat im Rahmen der Glaubens- und Religionsfreiheit ein wichtiger Schritt wäre. Persönlich bin ich der

Meinung, dass die Gemeinden die Kirchengebäude einfach auf eine Trägerschaft der katholischen Kirche übertragen sollten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Gemeinde ihre Kirche irgendeinem anderen Verwendungszweck zuführen möchte oder könnte.

Wenn die Gemeinden glauben, sie könnten die Kirchen für Geld oder Realersatz verkaufen, täuschen sie sich. Diese Diskussion halte ich für wenig sinnvoll. Wenn ich die katholische Kirche wäre, würde ich zu den Gemeinden sagen: Behaltet eure Kirchen! Wenn ihr daraus Discos oder Wirtshäuser machen wollt, dann ist das eure Sache! Dann werden wir für die Sonn- und Feiertag eben andere Räumlichkeiten mieten. Angesichts der relativ geringen Zahl von Kirchenbesuchern ist das für uns immer noch billiger, als wenn wir die Kirchen kaufen müssen. Die Vorstellungen der Gemeinden, sich durch die Übereignung der Kirchengebäude an die Kirche grossartige finanzielle Vorteile verschaffen zu können, finde ich völlig fehlgeleitet und unrealistisch. Im Gegenteil müssten doch die Gemeinden ein Interesse daran haben, dass die katholische Kirche die Kirchengebäude und deren Unterhalt übernimmt.

***Welches Modell der künftigen Kirchenfinanzierung würden Sie sich wünschen und welches ist nach Ihren Erfahrungen in Liechtenstein am ehesten politisch realisierbar?***

Ich halte die jetzt da und dort diskutierte Lösung für problematisch, wenn der Steuerzahler nur wählen kann, ob ein Teil seiner Steuern entweder der Staat oder seine Religionsgemeinschaft erhält. Da fielen wir, was den liberalen Geist betrifft, noch weit hinter Italien zurück. In Italien gibt man dem Steuerzahler wenigstens die Möglichkeit, den dafür bestimmten Steueranteil auch einem anderen vom Staat anerkannten Zweck im sozialen oder kulturellen Bereich zu widmen.

Die von der Freien Liste vorgeschlagene Lösung halte ich allerdings für noch problematischer. Dort hat man als Steuerzahler nur noch mehr die Wahl, dem Staat eine Kirchensteuer zu zahlen, der diese recht willkürlich an staatlich anerkannte Religionsgemeinschaften verteilt oder aus der offiziellen Kirche auszutreten. Das erinnert an die Lösung der chinesischen Kommunisten, denn dort gibt es eine offizielle katholische Kirche, die vom Staat finanziert und kontrolliert wird und eine Untergrundkirche. Ich würde in so einem Fall aus der offiziellen Kirche austreten und die Untergrundkirche finanzieren.

***Mit der italienischen Lösung könnten Sie noch leben?***

Mit der italienischen Lösung kann ich noch leben. Sie stellt einen Kompromiss dar. Am liebsten wäre mir eine amerikanische Lösung. Aber diese ist in Liechtenstein offenbar nicht machbar.

***Nach Ansicht von Christoph Klein, Theologe beim Verein für eine offene Kirche, finden Theologie und Pastoral des Erzbistums kaum Anschluss an die Lebenswirklichkeit der meisten Leute im Land. Was sagen Sie zu den Menschen, die Mühe mit der Art und Weise der Heilsverkündung durch Erzbischof Wolfgang Haas haben?***

Es steht doch jedem frei, sich religiös zu betätigen, wie er das wünscht, ob er jetzt in der katholischen Kirche oder in einer anderen christlichen oder nicht christlichen Gemeinschaft aktiv ist oder mit Religion überhaupt nichts zu tun haben möchte. Jeder soll für sich selber entscheiden dürfen, was für ihn das Richtige ist. Deshalb bin ich für die amerikanische Lösung.

***Wie realistisch sehen Sie nach einer Umsetzung der Neuregelung des Staatskirchenrechts die Möglichkeit, dass der Islam eines Tages genauso wie die römisch-katholische, die evangelisch-reformierte und die evangelisch-lutherische Kirche als Religionsgemeinschaft öffentlich-rechtlich anerkannt wird?***

Damit habe ich grundsätzlich überhaupt kein Problem. Die mohammedanische Glaubensgemeinschaft zerfällt aber in die verschiedensten Richtungen. Jeder Prediger hat praktisch seine eigene Richtung. Deshalb ist es schwierig, einen Ansprechpartner zu finden, der alle vertreten kann. Bei der katholischen Kirche ist das natürlich wesentlich einfacher, da gibt es einen klaren Verhandlungspartner.

***Was sagen Sie zu den Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern, die angesichts Ihrer offenen und toleranten Haltung, was die allfällige Errichtung eines Minarets in Liechtenstein betrifft, nur den Kopf schütteln?***

Ich würde sagen, der Ur-Liechtensteiner hat auch den Kopf geschüttelt, als hier der erste Kirchturm errichtet wurde.

***Durchlaucht, eine wichtige politische Aufgabe wird auch im Jahr 2008 die Bewahrung der Standortvorteile für den Finanzplatz sein. Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die Stiftungsrechtsreform?***

Soweit ich das beurteilen kann, ist das eine sehr gute Reform. Wir müssen auf der einen Seite einfach schauen, dass das Stiftungsrecht nicht missbraucht wird. Auf der anderen Seite müssen wir unsere liberale Ordnung auf diesem Gebiet bewahren. Das heisst, wir müssen immer wieder einen Mittelweg finden, auf dem wir die Freiheit nicht zu stark einengen und gleichzeitig Missbräuche verhindern können.

***Was erwarten Sie sich von der Steuerreform?***

Die Steuerreform ist unumgänglich. Schon mein Vater hatte sich für eine Steuerreform eingesetzt und war damit gescheitert. Auch ich habe mich dafür eingesetzt, bin aber auch nicht weiter gekommen. Die Zeit ist jetzt reif dafür. Ich halte die Steuerreform, die da und dort jetzt im Gespräch ist, für gut. Es soll ein einfaches Steuerrecht sein, das international kompatibel ist, und die Steuern sollten möglichst niedrig sein. Wir können nicht den Ausländer gegenüber dem Liechtensteiner bevorzugen. Der Inländer muss künftig die gleichen Vorteile geniessen können wie der Ausländer. Das entspricht einer internationalen Forderung und ist auch innenpolitisch die richtige Lösung.

***Inwieweit gehen Sie davon aus, dass Liechtenstein im Gleichschritt mit der Schweiz auf Ende des Jahres dem Schengen-Raum beitreten kann?***

Ich hoffe, dass das gelingt. Das liegt jetzt weitestgehend bei der EU. Wir können meiner Ansicht nach auch ohne Schengen leben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die EU und die Schweiz plötzlich Zollhäuschen an unserer Grenze errichtet. Aus diesem Blickwinkel befinden wir uns in einer relativ komfortablen Situation, was die Verhandlungsbasis betrifft. Deshalb glaube ich auch nicht, dass wir weitgehende Kompromisse eingehen müssen, was den Finanzplatz betrifft.

***Sprechen Sie jetzt von der zeitlichen Verknüpfung der liechtensteinischen Schengen-Assoziation mit dem Anti-Betrugsabkommen durch die EU?***

Ja. Wir sind natürlich daran interessiert, dass wir einen sauberen Finanzplatz haben. Gar keine Frage. Wir brauchen einen glaubwürdigen Finanzplatz, aber wir können nicht der verlängerte Arm einer ausländischen Steuerbehörde sein.

***Wie schmeckt Ihnen die populärste wirtschaftliche Innovation der jüngsten Zeit, das Bier vom Liechtensteiner Brauhaus?***

Ja, nicht schlecht. Wir haben es ja beim Neujahrsempfang ausgeschenkt. Ich habe allerdings die leichten amerikanischen Biere, die wenig Geschmack haben und fast wie Sprudelwasser schmecken, am liebsten. Das Liechtensteiner Bier ist kräftiger und wird sicher vielen Leuten gut schmecken.

***Finden Sie es sinnvoll, dass in Liechtenstein auch in diesem Jahr wiederum Misswahlen durchgeführt werden?***

Wenn in Liechtenstein verschiedene Damen Freude an Misswahlen haben, warum nicht? Wir haben ja auch eine grosse Vielfalt bei Sportvereinen. Warum also nicht auch Misswahlen!

***Werden Sie sich im Rahmen der EURO 2008 vom Fussballfieber anstecken lassen und vielleicht sogar ein Match anschauen?***

Nein. Vielleicht werde ich mir im Fernsehen die Finalsspiele anschauen. Aber auch da bin ich mir nicht einmal so sicher.

***Wann kommt Ihr Buch mit dem Arbeitstitel «Der Staat im dritten Jahrtausend» nun definitiv auf den Markt?***

Wir haben uns für einen amerikanischen Verlag entschieden. Das Buch wird zuerst in Englisch erscheinen. Im Moment wird es lektoriert. Ich nehme an, dass es in den nächsten Monaten erscheinen wird.

***Durchlaucht, was wünschen Sie sich zu Ihrem 63. Geburtstag?***

Ich wünsche mir, dass der Erbprinz mit seinen verschiedenen Projekten erfolgreich sein wird. Für die liechtensteinische Bevölkerung wünsche ich mir, dass es uns weiterhin so gut geht. Wenn man sich die Lage in den verschiedensten Ländern anschaut, dürfen wir unendlich dankbar sein.

***Durchlaucht, herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!***